



Detailansicht des Registereintrags

thyssenkrupp Steel Europe AG

Aktuell seit 24.09.2026 17:57:50

Aktiengesellschaft (AG)

Registernummer:	R001828
Ersteintrag:	27.02.2022
Letzte Änderung:	24.09.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	03.02.2026
Tätigkeitskategorie:	Sonstiges Unternehmen
Kontaktdaten:	Adresse: Kaiser-Wilhelm-Straße 100 47166 Duisburg Deutschland Telefonnummer: +49203520 E-Mail-Adressen: info.steel@thyssenkrupp-steel.com gerrit.riemer@thyssenkrupp-steel.com Webseiten: <u>www.thyssenkrupp-steel.com</u>
Hauptstadtrepräsentanz:	Ebertstraße 2 10117 Berlin Telefonnummer: +492035266196 E-Mail-Adresse: corinna.gebhardt@thyssenkrupp-steel.com
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr: 10/24 bis 09/25	
Wirtschaftliche Tätigkeit, Öffentliche Zuwendungen	

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 10/24 bis 09/25

1.680.001 bis 1.690.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 10/24 bis 09/25

5,70

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Dr. Marie Jaroni**

Funktion: Chief Executive Officer

2. Philipp Conze

Funktion: CFO

3. Wilfried von Rath

Funktion: CHRO

4. Dr. Marco Richrath

Funktion: Chief Operating Officer (COO)

5. Georgios Giovanakis

Funktion: komm. Leitung Ressort Chief Sales Officer (CSO)

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (18):**1. Gerrit Riemer****2. Erika Mink-Zaghloul****3. Sophia Hartmann****4. Sandra Reus****5. Dr. Hans-Jörn Weddige****6. Sarah Rerbal****7. Ulrike Stubenrauch****8. Dr.-Ing. Peter Kirchesch****9. Dipl.-Wirt.-Ing. Mario van Hall****10. Julian Schorpp****11. Marcel Zok****12. Warrings Hero**

Tätigkeit bis 09/26:

Bundeskanzler/-in

13. Raphael Büschel

14. **Dr. Marie Jaroni**
15. **Philipp Conze**
16. **Wilfried von Rath**
17. **Dr. Marco Richrath**
18. **Georgios Giovanakis**

Mitgliedschaften (7):

1. Wirtschaftsvereinigung Stahl e.V.
2. VIK - Verband der industriellen Energie- und Kraftwirtschaft
3. Verein deutscher Zementwerke e.V.
4. Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e. V., Köln
5. Stiftung KlimaWirtschaft
6. Allianz Verpackung und Umwelt e.V. (AVU)
7. H2ercules

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (10):

Außenwirtschaft; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Sonstiges im Bereich "Energie"; EU-Gesetzgebung; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Industriepolitik

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst sowie durch die Beauftragung Dritter wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

thyssenkrupp Steel gehört zu den führenden Herstellern von Qualitätsflachstahl und steht für Innovationen in Stahl und hochwertige Produkte für anspruchsvollste Anwendungen. Steel beschäftigt gut 26.000 Mitarbeiter und ist mit einem Produktionsvolumen von jährlich ungefähr 11 Millionen Tonnen Rohstahl der größte Flachstahlhersteller in Deutschland. Das Leistungsspektrum reicht von kundenspezifischen Werkstofflösungen bis hin zu werkstoffnahen Dienstleistungen. Gemeinsam mit unseren Kunden entwickeln wir die langjährige Erfolgsgeschichte unseres Unternehmens stetig weiter und prägen so globale Märkte, unsere Region und eine Vielzahl von leistungsstarken Industrien. Bedient werden international eine Vielzahl von Branchen, darunter die Automobilindustrie, die Haushaltsgeräte- und Verpackungsindustrie und der Energiesektor. Unsere intensive Forschungs- und Entwicklungsarbeit sichert die Grundlage für unseren nachhaltigen Erfolg. Steel erfüllt die steigenden Anforderungen an den wirtschaftlichen Leichtbau, wachsende Sicherheitsstandards, erforscht und entwickelt neue High Performance-Stähle und setzt Maßstäbe bei hochwertigen Oberflächen- und Verarbeitungstechnologien sowie effizienten Stählen für die Energie- und Mobilitätswende. Als Vorreiter in der Klimatransformation hat sich thyssenkrupp Steel zum Ziel gesetzt, bereits ab 2030 jährlich 3 Mio. Tonnen CO₂-neutralen Stahl zu produzieren. Mit bluemint® Steel bietet thyssenkrupp Steel bereits heute zertifizierte Stähle mit

einer bis zu 70 % verminderten CO2-Intensität an. 2045 soll die Stahlproduktion vollständig klimaneutral sein.

Das politische Engagement von thyssenkrupp soll koordiniert, offen und transparent sein und es sollen regulatorische und ethische Standards konsequent eingehalten werden. thyssenkrupp unterstützt das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption und lehnt korruptes Verhalten im Sinne dieses Übereinkommens ausdrücklich ab. thyssenkrupp bekennt sich eindeutig zu einer politischen Interessenvertretung in Einklang mit internationalem und nationalem Recht. Bei der politischen Interessenvertretung von thyssenkrupp gelten die Grundsätze der Integrität und Professionalität. thyssenkrupp befolgt gesetzliche Vorgaben zum Lobbying. Eine unlautere Einflussnahme auf Politik und Gesetzgebung hat in jedem Fall zu unterbleiben. Mit politischem Engagement und Lobbyarbeit verfolgt thyssenkrupp das Ziel, zur Erreichung eigener unternehmerischer Ziele seine Interessen in den Willensbildungsprozess politischer Vertreter einzubringen. Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages geführt zur Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich einer Vielzahl von Themenfeldern, die als Rahmenbedingungen für die unternehmerische Tätigkeit, auch im Hinblick auf die Situation der Beschäftigten des Unternehmens, von großer Bedeutung sind. Dabei geht es insbesondere um die Rahmenbedingungen zum Gelingen der grünen Transformation und zur Sicherung der deutschen und europäischen Wettbewerbsfähigkeit. Im Zuge dessen werden auch Veranstaltungen durchgeführt, zu denen Regierungsmitglieder, Abgeordnete sowie Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien eingeladen werden.

Konkrete Regelungsvorhaben (11)

1. CBAM so ausgestalten, dass das Instrument wirkt. So lange müssen die Freizuteilungen im ETS erhalten bleiben.

Beschreibung:

CBAM Reform greift zu kurz: Stahlintensive Derivate sind weitgehend ausgenommen, CO2-freie Importe weiterverarbeiteter Güter ermöglicht. Es fehlt eine vollständige Exportentlastung von EU-ETS-bedingten CO2-Kosten. Folge: europäische Hersteller verlieren internationale Marktanteile. Umgehung durch Resource Shuffling droht, ohne globale Emissionen zu senken. CBAM muss daher dringend weiterentwickelt werden. Zentral: Fortführung der Freizuteilungen bis zur tatsächlichen Wirksamkeit des CBAM (kein Abschmelzen der Freizuteilung durch CBAM-Faktor), Ausweitung des Scopes auf zentrale Downstream Produkte (stahlintensive Derivate), eine voll wirksame Exportlösung, robuste Anti Umgehungsregelungen mit hohen Standardwerten für relevante Drittstaaten

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (5):

1. SG2406260174 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

2. SG2503270084 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.03.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

3. SG2503310283 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.02.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

4. SG2510200015 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.08.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG
dorthin]

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung (BMZ) [alle SG dorthin]

5. SG2602020010 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.10.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. Netzentgelte: Wiedereinführung des Bundeszuschusses für die Netzentgelte der Übertragungsnetzbetreiber

Beschreibung:

Der in 2024 abgeschaffte Bundeszuschuss für die Netzentgelte der Übertragungsnetzbetreiber sollte vor dem Hintergrund der in Zukunft deutlich steigenden Netzentgelte wieder eingeführt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrie in Deutschland zu sichern.

Interessenbereiche:

Energienetze [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2503280086 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. Beibehaltung der Strompreiskompensation bis mindestens 2030

Beschreibung:

RL für Beihilfen für Unternehmen in Sektoren bzw. Teilsektoren, bei denen angenommen wird, dass angesichts der mit den EU-ETS-Zertifikaten verbundenen Kosten, die auf den Strompreis abgewälzt werden, ein erhebliches Risiko der Verlagerung von CO₂-Emissionen besteht (Beihilfen für indirekte CO₂-Kosten) BMWK ;EU-Leitlinien für bestimmte Beihilfemaßnahmen im Zusammenhang mit dem System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten nach 2021 (2020/C 317/04)

Die SPK zum Ausgleich der im Strompreis enthaltenen CO₂-Mehrkosten ist eine sehr wichtige Regelung zum CL-Schutz. Voraussetzung ist, dass sie national unabhängig von der Haushaltslage verlässlich fortgeführt wird, keine weitere Abschmelzung stattfindet und sie auf europäischer Ebene über 2030 hinaus verlängert wird

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

4. Handelsmaßnahme kornorientiertes Elektroband

Beschreibung:

Der seit 2015 unveränderte Mindesteinfuhrpreis für kornorientiertes Elektroband ist mittlerweile zu niedrig, um den massiv steigenden, niedrigpreisigen Importen aus Asien entsprechend der Zielsetzung begegnen zu können. Daher bedarf es dringend einer Erhöhung des Mindesteinfuhrpreises, um die Produktion dieses für die Energiewende sehr wichtigen Produkts in Europa zu halten..

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. SG2406260176 (PDF - 12 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

2. SG2406260179 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

3. SG2503310263 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.01.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

5. Berücksichtigung des Stahl-Standards LESS im Vergabetransformationspaket des BMWK

Beschreibung:

Das Vergaberecht in Deutschland soll reformiert werden. Zur Schaffung grüner Leitmärkte sollte der von der WV-Stahl in Zusammenarbeit mit dem BMWK entwickelte Standard LESS für CO-reduzierten Stahl im Rahmen des anstehenden Vergabetransformationspakets berücksichtigt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

VgV 2016 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]

6. Verpackungsgesetzgebung so ausgestalten, dass die Diskriminierung zu Lasten von Weißblech beendet wird**Beschreibung:**

Inverkehrbringer von verpackten Waren sind gemäß dem Verpackungsgesetz dafür verantwortlich, dass ihre Verpackungen nach der Nutzung verwertet werden. Die Finanzierung erfolgt über Beteiligungsentgelte, die für die systembeteiligungspflichtigen Verpackungen die Dualen Systeme entrichtet werden. Aktuell orientieren sich diese Entgelte nicht an den tatsächlichen Kosten der Materialien bei Sammlung, Sortierung und Verwertung, was zu einer unfairen Bepreisung führt. Wir setzen uns für eine gesetzliche Regelung ein, die darauf abzielt, die Diskriminierung einzelner Materialien zu beseitigen und den Dualen Systemen die Durchsetzung kostengerechter und materialspezifischer Beteiligungsentgelte zu ermöglichen.

Betroffenes geltendes Recht:

VerpackG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (7):**1. SG2503270085 (PDF - 4 Seiten)****Adressatenkreis:**

Versendet am 22.09.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. SG2503270086 (PDF - 28 Seiten)**Adressatenkreis:**

Versendet am 22.09.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

3. [SG2503270087](#) (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.09.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

4. [SG2503270088](#) (PDF - 35 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.09.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

5. [SG2601290027](#) (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.06.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit (BMUKN) [\[alle SG dorthin\]](#)

6. [SG2601290028](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.11.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

7. **SG2601300005** (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.12.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

7. **Wasserstoff: Sicherheiten für langfristige Wasserstofflieferverträge, Pragmatismus bei Umsetzung der RED III, Kernnetz stärken Speicher bauen**

Beschreibung:

Aufgrund der aktuellen Unsicherheiten beim Wasserstoffhochlauf benötigen die Produzenten von Wasserstoff erhebliche Sicherheiten. Hierzu sollte ein staatliches Absicherungsinstrument z.B. über Hintco oder die KfW geschaffen werden. Die RED III-Kriterien sollten angepasst und so umgesetzt werden, dass sie den H2-Hochlauf nicht behindern. Gleichzeitig sollten der Ausbau des Kernnetzes wie vorgesehen vorangetrieben und schnellstmöglich Speicherlösungen gefunden werden.

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. **SG2503310179** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2503310184** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. **SG2503310190** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

8. Einführung eines wettbewerbsfähigen Industriestrompreises

Beschreibung:

Die Bundesregierung hat sich zunächst in Brüssel für eine Änderung des Beihilferahmens eingesetzt und dann Vorschläge für einen Industriestrompreis in Zusammenarbeit mit der EU-KOM entwickelt. Bei der Umsetzung kommt es darauf an, dass die Entlastung tatsächlich zu einem international wettbewerbsfähigen Strompreis von 5 cents/kWh führt und Instrumente wie Strompreiskompensation und Industriestrompreis kumulierbar (bzw. zumindest kombinierbar) sind und die Ausgestaltung eine Inanspruchnahme ermöglicht.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2601300013](#) (PDF - 16 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.12.2025 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [\[alle SG dorthin\]](#)

9. Emissionshandel an die Realität im Jahr 2026 anpassen

Beschreibung:

Die europäische Industrie steht mitten in der Transformation. Ohne ein realistisch kalibriertes und austariertes EU-ETS drohen Wettbewerbsnachteile und Investitionsstaus. Für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Wertschöpfungsketten braucht es einen gebremsten Anstieg der CO₂-Kosten, der das tatsächliche Tempo der industriellen Transformation berücksichtigt. Die Verlängerung der kostenlosen Zuteilung über 2040 hinaus ist zentral, um Carbon Leakage zu verhindern und bestehende Anlagen im Übergang wirtschaftlich betreiben zu können. Nur ein EU-ETS, das Transformationsrealität und Industriepolitik zusammenbringt, kann Investitionen sichern und Wertschöpfung in Europa halten. Die von der EU-Kommission angekündigte Reform muss dies unbedingt aufgreifen und gesetzlich verankern.

Interessenbereiche:

Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (4):

1. [SG2601290026](#) (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.08.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit (BMUKN) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [\[alle SG
dorthin\]](#)

2. [SG2602020009](#) (PDF - 4 Seiten)**Adressatenkreis:**

Versendet am 20.10.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit (BMUKN) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [\[alle SG
dorthin\]](#)

3. [SG2608170011](#) (PDF - 5 Seiten)**Adressatenkreis:**

Versendet am 01.07.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit (BMUKN) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [\[alle SG
dorthin\]](#)

4. [SG2608170012](#) (PDF - 3 Seiten)**Adressatenkreis:**

Versendet am 01.07.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

10. Handelsschutzinstrument Stahl**Beschreibung:**

Die EU-Safeguardregelungen für Stahl laufen Mitte 2026 aus. Vor dem Hintergrund der massiven weltweiten Überkapazitäten und der deutlich gestiegenen Umleitungen nach Europa aufgrund der aktuellen Zollpolitik muss schnell ein neues Handelsschutzinstrument eingeführt werden. Ohne diese Maßnahme hat die europäische Stahlindustrie keine Chance, wettbewerbsfähig Stahl zu produzieren und es käme zu erheblichen Verwerfungen mit Blick auf Arbeitsplätze, mögliche Werksschließungen und den Verlust von Resilienz. Der Vorschlag der EU-Kommission für ein neues Handelsschutzinstrument für Stahl ist genau die Maßnahme, die hier gegensteuert und die von uns unterstützt wird. Sie sollte von Europaparlament und EU-Rat breit mitgetragen werden.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2601300014 (PDF - 11 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.09.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

11. Made-in-EU-Regelungen für Stahl im Industrial-Accelerator-Act**Beschreibung:**

Die EU-Kommission hat einen Vorschlag für einen Industrial Accelerator Act für die öffentliche Vergabe vorgelegt. Hier sollten zumindest Made-in-Europe-Kriterien für grünen Stahl verankert werden

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2608170013** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.02.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 10/24 bis 09/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (16):

1. **Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 200.001 bis 210.000 Euro

H2Stahl - Wasserstofftechnologien zur schrittweisen Dekarbonisierung der Stahlindustrie - Forschungsvorhaben für den Wasserstoff-Hochofen.

2. **BMBF**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Verbundprojekt Klima Pro: Schaffung einer alternativen Verwendung einer auf DRI-Basis erzeugten Elektroofenschlacke für die Zementindustrie zur Verringerung der CO2-Emissionen (SAVE_CO2)

3. **EU - H2020**

Europäische Union

Brüssel

Betrag: 80.001 bis 90.000 Euro

Made-to-measure micromachining with laser beams tailored in amplitude and phase (Metamorpho)

4. **BMWK**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 60.001 bis 70.000 Euro

FSCM-Future Sustainable Car Materials ; Teilvorhaben: Hoch- und höchstfeste Stähle

5. **BMBF**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

Nutzung von CO2 im Heißwind zur Effizienzsteigerung im Hochofen (NuCOWin)

6. **BMWK**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

"Vermeidung von CO2-Emissionen in der Stahlindustrie durch Einsatz von Wasserstoff an diskontinuierlich betriebenen Thermoprozessanlagen am Beispiel von Haubenglühen (H2-DisTherPro)"

7. **BMWK**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro

Car2Car - Kreislauffähige, nachhaltige Fahrzeugverwertungskonzepte; Teilvorhaben: Evaluierung des Einsatzes von Post-Consumer-Automobilschrotten

8. **BMWK**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro

EPiCoaT - Energieeffiziente Presshärteprozesse mit innovativen Beschichtungen und fortschrittlichen Technologien; Teilvorhaben: Entwicklung und Analysen von Blechbeschichtungen für die Warmformgebung und Übertragung dieser auf kontinuierliche Bandprozesse

9. **Land NRW**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Düsseldorf

Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro

Warmbandwerk mit Smart-Technologie - WBW Smart

10. **progres.nrw - Innovation Land NRW**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Arnsberg

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

REDERS - Reduzierte CO2-Emissionen durch Erhöhung der Recyclingquote bei der Stahlherstellung

11. **progres.nrw - Innovation Land NRW**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Arnsberg

Betrag: 170.001 bis 180.000 Euro

DRI-Einschmelzer - Förderung und Zuschuss

12. **Horizon**

Europäische Union

Brüssel

Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro

ReMFra - REcovering Metals and Mineral FRAction from steelmaking residues

13. **RFCS**

Europäische Union

Brüssel

Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro

BIOCODE - BIOmass for COkeming Decarbonization

14. **BMBF/BMFTR**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

SynErgie3 - Hybrider Stahlbandofen

15. **EFRE/JTF-Programm NRW**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Düsseldorf

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

HyCoFc - Langzeitstabile Brennstoffzellentechnologie durch innovative Hybrid-Compound Bipolarplatten

16. **RFCS**

Europäische Union

Brüssel

Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro

RAVES - Renewable Advanced high strength steels for Vehicle Efficiency and Sustainability

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 10/24 bis 09/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 10/24 bis 09/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 10/24 bis 09/25

Geschaeftsbericht_2024_2025_der_thyssenkrupp_AG_WEB-1.pdf

Eigener Verhaltenskodex

Code_of_Conduct_2024_thyssenkrupp_V5_de.pdf